

Gemeinsame Presseerklärung der Pressestelle des Landeskirchenamts und der Landtagsfraktion der Freien Wähler

Schutz des Sonntags gemeinsames Anliegen der Landtagsfraktion der Freien Wähler und der Kirchenleitung der bayerischen Landeskirche

Der Schutz des Sonntags als arbeitsfreier Tag darf nicht angetastet werden. Darin waren sich die Vertreter der Kirchenleitung der bayerischen Landeskirche und die Mitglieder der Landtagsfraktion der Freien Wähler bei einer Begegnung im Münchner Landeskirchenamt einig. Landesbischof Friedrich hob hervor, dass nicht nur religiöse Gründe für den Schutz des Sonntags sprechen. „Der arbeitsfreie Sonntag ist eine über Jahrhunderte gewachsene kulturelle Errungenschaft unserer Gesellschaft“, so Friedrich, die man keinesfalls ohne Not aufgeben dürfe. Hubert Aiwanger, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler bekräftigte, dass der Sonntag als „Tag der Regeneration“ unverzichtbar sei. Die Menschen dürften nicht auch noch am Sonntag „durch den Fleischwolf mit der Forderung nach immer mehr Leistung gedreht“ werden.

Auf Zustimmung bei den anwesenden Fraktionsmitgliedern stieß auch die kirchliche Forderung nach einer zweiten Pflichtberatung vor Spätabtreibungen. Die Münchner Regionalbischöfin und Ständige Vertreterin des Landesbischofs, Susanne Breit-Keßler informierte über die schwierige Situation betroffener Frauen: Wenn Schwangere nach einer pränatalen Diagnose erfahren, dass ihr Kind behindert sein könnte, stehen sie häufig unter großem zeitlichen und psychischen Druck, rasch eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Eine verpflichtende zweite Beratung im zeitlichen Abstand zur Indikation gebe der Frau den Freiraum, sich auch für ein behindertes Kind zu entscheiden. Aiwanger betonte, dass eine Politik, die „Ja zum Leben sagt“, auch konsequent den Raum in der Gesellschaft schaffen müsse für ein „Ja zum Kind mit Behinderung“.

Für eine bessere finanzielle Förderung konfessioneller privater Schulen warb der für Schulen zuständige Oberkirchenrat Detlev Bierbaum. Die Landtagsabgeordnete und Beisitzerin im Landesvorstand der Freien Wähler, Eva Gottstein unterstützte die Forderung, dass private und staatliche Schulen im Blick auf die finanzielle Förderung durch den Staat gleichgestellt sein müssten. Darüber hinaus sprach sich Gottstein für eine verpflichtende Ganztagschule in der Hauptschule aus. „Wir dürfen keinen Jugendlichen ohne Abschluss aus der Schule entlassen“, so Gottsteins Forderung.

Im Blick auf den ländlichen Raum forderten beide Seiten die Stärkung dezentraler Strukturen, die den Menschen eine aktive Teilnahme am kirchlichen und kommunalen Gemeinschaftsleben vor Ort ermöglichen.

Beide Seiten vereinbarten, das Thema Bildung bei einem weiteren Treffen noch vor der Sommerpause zu vertiefen.

München, 20. Februar 2009
Johannes Minkus, Pressesprecher